

Niederschrift über die 36. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche
am 28.11.2024

Tagungsort: Kleine Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Kuhlmann
Frau Weber
Herr Weber

Fraktionsvorsitzender

SPD

Herr Benesch
Frau Peppmöller-Hilker
Frau Schönrock-Beckmann

Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Flöttmann
Herr Grätschus
Herr Grün
Herr Dr. Horstmann
Frau Wegner

Vorsitz

Fraktionsvorsitzende

Die Linke

Herr Adolph
Herr Dr. Hawerkamp

FDP

Herr Spalek

AfD

Frau Ostwald

Von der Verwaltung/Gäste:

Herr Gläßner, Bauamt
Herr Bader, Amt für Verkehr
Herr Hansen, Bezirksamt Jöllenbeck
Frau Knoll-Meier, Bezirksamt Jöllenbeck, Schriftführung

TOP 6, 7
TOP 10, 11, 13

Entschuldigt fehlen:

Herr Meyer (CDU)
Herr Schäfers (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Bezirksbürgermeister Grün eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgemäße Einladung zur 36. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 28.11.2024 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Sodann erklärt er, die TOPs 7, 7.1, und 10, 11 und 13 vorzuziehen. Die BV stimmt einstimmig zu.

Herr Kuhlmann (CDU) beantragt für die TOPs 9, 10 und 15 die 1. Lesung und bittet darum, die TOPs 9 + 15 zusammen zu behandeln.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Schildesche

Zu Punkt 1.1 Frage zu möglichen Überlegungen Wertherstraße Radverbindung in der Sitzung am 28.11.2024

Die Einwohnerin sorgt sich darum, dass es Überlegungen gebe könne, die Wertherstraße im Zuge der Planungen „Radverbindung zwischen Innenstadt und Campus“ zur Einbahnstraße umzufunktionieren. Sie warnt vor den möglichen Folgen und plädiert dafür, dass dies nicht eintreten möge.

In der Vorlage (TOP 10) ist auf Seite 8 die Rede davon, dass die blaue Variante über die Wertherstraße perspektivisch eine größere Rolle spielen könnte. Bei Ausbau der Radwege in Kategorie 1 oder 2 ist ein Radweg ca. 2 m breit. Die Wertherstraße ist teilweise sehr schmal, so dass sie die Gefahr der Einrichtung einer Einbahnstraße sieht.

Zu Punkt 1.2 Frage zum geplanten Umbau Pläßschule

Die Frage zum geplanten Umbau der Pläßschule ist vom ISB beantwortet worden. Der Text der Anfrage und der Antwort ist im Informationssystem einsehbar.

Die Einwohnerin hat die Antwort schriftlich erhalten.

Zu Punkt 1.3 Frage zum Thema Schulstraße

Die Frage zum Thema Schulstraße ist vom Amt für Verkehr beantwortet worden. Der Text der Anfrage und der Antwort ist im Informationssystem

einsehbar.

Die Einwohnerin hat die Antwort schriftlich erhalten.

-.-.-

Zu Punkt 1.4 Frage zum Fahren auf der Universitätsstraße

Ein Einwohner bat darum, eine Geschwindigkeitsmessung in der „alten“ Universitätsstraße durchzuführen.

Der vollständige Text der Frage und die Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

Der Fragesteller hat die Antwort schriftlich erhalten.

-.-.-

Zu Punkt 1.5 Frage zur Nutzung von FH-Gebäuden

Der Einwohner hat eine Frage zur Nutzung der FH-Gebäude an der Kurt-Schumacher-Straße gestellt.

Die vollständige Frage und die Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

Der Einwohner hat die Antwort schriftlich erhalten.

-.-.-

Zu Punkt 1.6 Frage zum Parkplatz Edeka Haddenhorst

Bei der Frage geht es um die Größe der einzelnen Parkbuchten und Verwargelder.

Die Frage und die Antwort sind im Informationssystem ersichtlich.

Die Einwohnerin hat die Antwort schriftlich erhalten.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 35. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 31.10.2024

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung am 31.10.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3

Mitteilungen

3.1 Informationen zu den Online-Diensten bei der Stadt Bielefeld

Das Amt für Organisation und zentrale Leistungen teilt mit:

Auf Wunsch des Digitalisierungsausschusses vom 02.10.2024 informieren wir über die bei der Stadt Bielefeld verfügbaren Online-Dienste. Derzeit stehen den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen im Serviceportal der Stadt Bielefeld Informationen zu fast 400 Dienstleistungen sowie 216 Online-Dienste zur Verfügung. Für rund 110 Dienstleistungen wird auch eine Online-Terminvereinbarung angeboten.

Die Dienste sind unter folgendem Link im Serviceportal einsehbar: Startseite - Serviceportal Stadt Bielefeld. Dort besteht die Möglichkeit, nach Themen oder Stichworten zu suchen oder eine alphabetisch sortierte Liste von A-Z aufzurufen.

Die Liste (s. Anhang zu diesem TOP) gibt eine Übersicht der Dienstleistungsseiten des Serviceportals, zu denen mindestens ein Online-Dienst vorhanden ist. Jeder Eintrag in der Liste ist mit einem Link hinterlegt und führt zur entsprechenden Seite im Serviceportal. Auch Seiten, die aufgrund begrenzter Anmeldezeiträume zeitweise offline sind, sind aufgeführt.

3.2 Erdaushub durch die Baustelle an der Martin-Niemöller-Gesamtschule

Der ISB hatte der Bezirksvertretung im Oktober 2024 eine Möglichkeit für die Lagerung des Erdaushubs, der im Rahmen der Baumaßnahmen an der Martin-Niemöller-Schule anfällt, an der Beckhausstraße vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde nach der Einreichung von klärenden Fragen zurückgezogen. In der letzten Sitzung wurde nachgefragt, an welcher Stelle jetzt der Erdaushub zwischengelagert wird.

Der ISB teilt dazu mit: „Bei der Möglichkeit der Zwischenlagerung des Erdaushubs an der Beckhausstraße handelte es sich um eine kurzfristige Anfrage mit der Zielsetzung, Synergien zu nutzen und Kosten zu sparen.“

Natürlich wurde ebenfalls geprüft, ob der Aushub anderweitig gelagert oder eingebaut werden kann. Leider konnte auch hier keine kurzfristige Lösung gefunden werden.

Da erkennbar war, dass in dieser Thematik keine kurzfristige Lösung zu erzielen ist, wurde der Erdaushub gem. Leistungsverzeichnis durch die beauftragte Firma abgefahren.“

Die BV findet diese Antwort unbefriedigend. Warum haben die kritischen Fragen sofort dazu geführt, den Erdaushub abfahren zu lassen? Damit sei die Nachhaltigkeit unmöglich geworden.

Was wird mit dem Erdaushub am Nordgrundstück passieren? Hier wird eine noch größere Menge erwartet.

Herr Bezirksbürgermeister Grün schlägt vor, die Problematik in der nächsten Sitzung als TOP zu behandeln. Die Mitglieder mögen vorab dazu Fragen einreichen.

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Baumbestattung auf dem Sudbrackfriedhof (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen v. 24.10.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8947/2020-2025

Der Text der Anfrage und der Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

Zu Punkt 4.2 Ersatzparkplätze (Interim) für weggefallene P&R-Plätze in Schildesche (Anfrage der CDU-Fraktion vom 24.10.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8952/2020-2025

vertagt

Zu Punkt 4.3 Stand der Planungen um das sog. Schloßhofareal (gem. Anfrage der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen v. 14.11.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9101/2020-2025

Der Text der Anfrage und der Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Aufwertung Spielplatz am Meierteich (gem. Anfrage der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen v. 14.11.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9106/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 4.5 Ampel Pfarracker (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke v. 17.11.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9111/2020-2025

Die Anfrage erinnert an den Antrag Drucksachennummer 7804/2020-2025 "Einrichtung einer eigenen Ampelschaltung an der LSA Talbrückenstraße/Am Pfarracker".

In der Zwischenzeit hat das Amt für Verkehr auf den Antrag geantwortet. Diese Antwort ist im Informationssystem einsehbar. Die Anfrage ist dadurch überholt.

-.-.-

Zu Punkt 4.6 Ersatznutzung für den entfallenen Sportplatz an der Westerfeldstraße (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen v. 21.11.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9149/2020-2025

Der Text der Anfrage und der Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

Zu Punkt 4.7 BPlan Erweiterungsbau Sekundarschule Gellershagen (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 21.11.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9159/2020-2025

Der Text der Anfrage und der Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

Zu Punkt 4.8 Parkraumbewirtschaftung Schildesche (Anfrage des Vertreters der FDP v. 21.11.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9157/2020-2025

Der Text der Anfrage und der Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Erweiterung der Zeiten der Bürgerberatung Schildesche (gem. Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen v. 14.11.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9103/2020-2025

Die BV zieht die Antwort des Bürgeramts vom 22.11.2024 (s. TOP 19.1 dieser Sitzung) mit in die Diskussion zu diesem Antrag ein. Nach der hohen Auslastung schlägt Herr Kuhlmann vor, nicht nur einen, sondern zwei Nachmittage (Montag und Mittwoch) zusätzlich zu beantragen. Das würde mehr Service für die Bürgerinnen und Bürger bedeuten.

Die BV folgt dieser Argumentation und fasst folgenden

Beschluss:

Die BV Schildesche beantragt die Erweiterung der Zeiten der Bürgerberatung Schildesche um zwei Nachmittage (Montag und Mittwoch).

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Öffentliche Toilettenanlagen im Stadtbezirk Schildesche einrichten (gem. Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen v. 14.11.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9105/2020-2025

Herr Adolph (Die Linke) erklärt, dass die BV Schildesche seit Jahren Anträge stellt, öffentliche Toilettenanlagen zu errichten und auch Standorte vorgeschlagen hat. Bis heute sei nichts passiert.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die BV Schildesche bekräftigt ihre Anfrage vom 11.1.2023 (Drucksachennummer 5374/2020-2025), öffentliche Toilettenanlagen einzurichten (am Obersee, an den Endhaltestellen der Stadtbahn, in der Nähe des Wochenmarktes an der Stiftskirche) und beantragt die Einrichtung solcher öffentlicher Toiletten an den geeigneten Stellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 Vorstellung der neuen Bezirkspolizistin Claudia Stiller im Stadtbezirk Schildesche

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 24.1 „Forschungs- und Bürogebäude Kurt-Schumacher-Straße Ecke Voltmannstraße / Universität“

- Stadtbezirk Schildesche -

Einleitungsbeschluss

Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7769/2020-2025

Die TOPs 7 und 7.1 werden zusammen beraten. Diskussion siehe unter TOP 7.1.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

1. Auf Antrag des Vorhabenträgers wird das Verfahren zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 24.1 „Forschungs- und Bürogebäude Kurt-Schumacher-Straße Ecke Voltmannstraße / Universität“ eingeleitet.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 24.1 „Forschungs- und Bürogebäude Kurt-Schumacher-Straße Ecke Voltmannstraße / Universität“ für das Gebiet nördlich der Kurt-Schumacher-Straße, östlich der Voltmannstraße, südlich und westlich der Graf-von-Galen-Straße ist im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Für die genauen Grenzen des Plangebiets ist die im Vorentwurf des Vorhaben- und Erschließungsplans eingetragene „Grenze des räumlichen Geltungsbereiches“ verbindlich.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplans soll als beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a (1) BauGB („Bebauungspläne der Innenentwicklung“) durchgeführt werden.
4. Für die Neuaufstellung des Bebauungsplans ist die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB auf der Grundlage der in der Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung durchzuführen.
5. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 (1) BauGB öffentlich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13a (3) BauGB darauf hinzuweisen, dass die Neuaufstellung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB erfolgt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7.1

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 24.1 „Forschungs- und Bürogebäude Kurt-Schumacher-Straße Ecke Voltmannstraße / Universität“

- Stadtbezirk Schildesche -

Ergänzungen zum Einleitungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7769/2020-2025/1

Herr Bezirksbürgermeister Grün begrüßt Herrn Gläßner vom Bauamt.

Es gibt einen gemeinsamen Antrag von SPD, Die Linke, B 90/Die Grünen und CDU, den Beschlussvorschlag Punkt 6 der Nachtragsvorlage 7769/2020-2025/1 wie folgt zu ergänzen:

(Zu Punkt 6:)

Einleitende Bemerkung: Der Höhenbezugspunkt sollte vor das Gelände Graf-von-Galen-Straße 3b verschoben werden. Alle weiteren Planungen der Kubaturen sind aus Sicht der direkten Anwohner vorzunehmen.

(Zu Punkt 6b:)

Es ist zu prüfen, den Mittelteil 2-geschossig zu planen; dies ergäbe an anderer Stelle – hier an der Straßenkreuzung Voltmannstraße / Ecke Kurt-Schumacher-Straße - eine Reduzierung der Gebäudehöhe. Zu prüfen wäre weiterhin, mit dem Gebäude weiter in die Tiefe zu gehen, damit die Geschosshöhe reduziert werden kann.

(Zu Punkt 6c:)

Es ist zu prüfen, ob die Fassade begrünt werden kann. Die Begrünung soll Schall schlucken und verbessert das Mikroklima der Kreuzung.

(Zu Punkt 6d:)

Es ist zu prüfen, ob die Zuwegung zur Tiefgarage auch über die Voltmannstraße erfolgen kann.

(Zu Punkt 6f:)

Es ist zu prüfen, ob Nebeneingänge von der Voltmannstraße und Graf-von-Galen-Straße in Höhe der Hausnummer 2 eingerichtet werden können und dafür auf den Nebeneingang von der Gebäuderückseite verzichtet werden kann.

Die BV Schildesche erbittet darüber hinaus weitere Verschattungs-Simulationen der jetzigen 3. Variante und auch der Varianten, die sich durch die o.a. Prüfaufträge ergeben können.

Herr Kuhlmann (CDU), Herr Benesch (SPD) und Herr Flöttmann (B 90/Die Grünen) unterstützen für ihre Fraktionen ausdrücklich den gemeinsamen Antrag, der zeigt, dass die BV das Bauvorhaben BRIC sehr ernst nimmt und unterstützt, dass aber auch die Interessen der Anwohner bei einem Bauvorhaben dieser Größenordnung ihre Berechtigung haben.

Kritisiert wird, dass der Investor kurzfristig einen wichtigen Gesprächstermin mit den Anwohnerinnen und Anwohnern abgesagt hat. Für das weitere Verfahren sei es wichtig, dass Investor und Anwohner im Gespräch bleiben.

Die Fraktionen betonen, dass mit dem heutigen Beschluss das grundsätzliche Raumprogramm bestätigt werde, dass aber noch leichte Veränderungen in Bezug auf Haushöhen, Abstände etc. möglich seien.

Herr Bezirksbürgermeister Grün lässt zunächst über den gemeinsamen Antrag, sodann über die Vorlage und die Nachtragsvorlage abstimmen. Alle Abstimmungen sind einstimmig zustimmend.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche empfiehlt / Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

Einleitende Bemerkung: Der Höhenbezugspunkt sollte vor das Gelände Graf-von-Galen-Straße 3b verschoben werden. Alle weiteren Planungen der Kubaturen sind aus Sicht der direkten Anwohner vorzunehmen.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 24.1 „Forschungs- und Bürogebäude Kurt-Schumacher-Straße Ecke Voltmannstraße / Universität“ zu prüfen,

- a. inwieweit der Blick aus dem Wohnhaus bzw. im Bereich des Außenwohnbereichs (Freisitz) auf dem Grundstück Graf-von-Galen-Straße 3b durch die Errichtung des Vorhabens beeinträchtigt wird,
- b. welche Kubatur des Vorhabens zu einem Minimum an Verschattung der Fenster der Aufenthaltsräume des Wohnhauses auf dem Grundstück Graf-von-Galen-Straße 3b führen würde. *Es ist zu prüfen, den Mittelteil 2-geschossig zu planen; dies ergäbe an anderer Stelle – hier an der Straßenkreuzung Voltmannstraße / Ecke Kurt-Schumacher-Straße - eine Reduzierung der Gebäudehöhe.*
Zu prüfen wäre weiterhin, mit dem Gebäude weiter in die Tiefe zu gehen, damit die Geschosshöhe reduziert werden kann.
- c. in welchem Umfang der Baukörper des Vorhabens näher an die öffentliche Verkehrsfläche der Kurt-Schumacher-Straße und der Voltmannstraße heranrücken kann, um im gleichen Maße weiter von privaten Grundstücksgrenzen abzurücken, *Es ist zu prüfen, ob die Fassade begrünt werden kann. Die Begrünung soll Schall schlucken und verbessert das Mikroklima der Kreuzung.*
- d. ob die Zuwegung auf das Vorhabengrundstück auch von der Voltmannstraße aus erfolgen kann und *Es ist zu prüfen, ob die Zuwegung zur Tiefgarage auch über die Voltmannstraße erfolgen kann*
- e. welche Vorgaben der vorhabenbezogene Bebauungsplan für den Nachweis der für das Vorhaben notwendigen Pkw-Einstellplätze treffen muss, um die Beeinträchtigungen der unmittelbar an das Vorhabengrundstück angrenzenden Nachbarschaft durch den zu erwartenden Zu- und Abfahrtsverkehr so gering wie möglich zu halten.

- f. *Es ist zu prüfen, ob Nebeneingänge von der Voltmannstraße und Graf-von-Galen-Straße in Höhe der Hausnummer 2 eingerichtet werden können und dafür auf den Nebeneingang von der Gebäuderückseite verzichtet werden kann.*
7. *Die BV Schildesche erbittet darüber hinaus weitere Verschattungs-Simulationen der jetzigen 3. Variante und auch der Varianten, die sich durch die o.a. Prüfaufträge ergeben können.*
8. Die Verwaltung wird beauftragt, vor der Erarbeitung einer Beschlussvorlage für die politischen Gremien zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 24.1 eine nochmalige Beteiligung der Nachbarschaft des Vorhabengrundstücks durchzuführen, um die Ergebnisse der unter 6. genannten Prüfung vorzustellen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Nutzung der Liegenschaft Schillerstraße 73 a für die Unterbringung wohnungsloser Menschen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9109/2020-2025

Herr Kuhlmann (CDU) kritisiert die Wege der Information. Er erklärt, dass er vom zuständigen Dezernenten erwartet, dass nicht nur der Bezirksbürgermeister, sondern auch die Fraktionsvorsitzenden über solche Themen direkt informiert werden.

Herr Benesch (SPD) schließt sich dieser Kritik an.

Auch Herr Flöttmann (B 90/Die Grünen) möchte solche Informationen nicht als erstes aus der Zeitung erfahren.

Sodann weist Herr Bezirksbürgermeister Grün auf die Besichtigung der Liegenschaft am 21.11.2024 hin, an der auch Anwohnerinnen und Anwohner teilnehmen konnten.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche empfiehlt, der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, das bislang für die Unterbringung wohnungsloser geflüchteter Menschen genutzte Objekt an der Schillerstr. 73a, 33609 Bielefeld für die ordnungsbehördliche Unterbringung einheimischer wohnungsloser Menschen zu nutzen.

Die Belegung soll im Dezember beginnen und ist bis auf Weiteres vorgehen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9

Neuordnung der Parkraumbewirtschaftungszonen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4129/2020-2025

Es wird darum gebeten, dass jemand vom Amt für Verkehr zur Sitzung der BV Schildesche am 16.1.2025 kommen möge, ebenso zur Beratung zur Vorlage Drucksachennummer 8931/2020-2025 (Neue Stellplatzsatzung für die Stadt Bielefeld), s. TOP 15 der heutigen Sitzung.

1. Lesung -

Zu Punkt 10

Machbarkeitsstudie Radverbindung zwischen Innenstadt und Campus

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8445/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün begrüßt Herrn Bader vom Amt für Verkehr.

Herr Kuhlmann (CDU) beantragt die 1. Lesung. Dennoch entwickelt sich eine Diskussion bzw. treten Fragen auf, die bis zur Sitzung im Januar 2025 vom Amt für Verkehr geklärt werden können.

Herr Kuhlmann erklärt, dass die gesamtheitliche Streckenführung gut vorbereitet werden müsse. Er bittet die Verwaltung um Vorstellung der Strecken in der Januarsitzung. Insgesamt sei wichtig, die Öffentlichkeit weiter einzubeziehen.

Bei Einrichtung von Fahrradstraßen in der Kategorie 1 beträgt die Fahrbahnbreite 2,15 m. Ist das auch in Grünzügen der Fall? Welche Auswirkungen könnte das auf die Wertherstraße haben, sollte sie für den Radverkehr zukünftig eine größere Rolle spielen, wie es in der Vorlage angedeutet wird?

Frau Wegner (B 90/Die Grünen) hat Vorbehalte gegenüber der Grünzugsvariante. Zum einen befürchtet sie große Eingriffe in die Parklandschaft, zum anderen müssen Schülerinnen und Schüler der drei umliegenden Schulen auf Aufenthaltsflächen verzichten. Generell befürchtet sie, dass Fußgängerinnen und Fußgänger das Nachsehen in den Parks haben.

Auch Herr Adolph (Die Linke) weist auf die gefährdete Sicherheit der Fußgänger mit Kindern und Hunden beim Ausbau der Fahrradstraße durch den Grünzug hin.

Herr Bader (Amt für Verkehr) erklärt dazu, dass es aus den genannten Gründen nicht geplant sei, den (schnellen) Alltagsradverkehr durch die Grünzüge zu schicken, sondern nur den (langsameren) Freizeitverkehr.

Herr Benesch (SPD) betont die Teamarbeit aller Fraktionen unter Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner, die zur Aufgabe der Idee einer Einbahnstraßenregelung der Kurt-Schumacher-Straße geführt habe. Das sei in der Presse teilweise anders dargestellt worden.

Herr Spalek (FDP) regt an, die notwendigen finanziellen Mittel lieber in die Sanierung der vorhandenen Radwege als in die Radverbindung Innenstadt-Campus zu stecken. Er könne der Vorlage insgesamt nicht zustimmen.

Frau Ostwald (AfD) merkt an, dass die Hauptroute der Radfahrerinnen und Radfahrer von der Innenstadt zum Campus wie folgt verlaufe: Studentenwohnheim „Orangenkiste“ – Siegfriedsplatz – Grünzug – Universität. Das laufe sehr gut und genüge völlig. Weitere Eingriffe, die zu Lasten von Parkplätzen gehen, seien nicht notwendig.

Herr Weber (CDU) bittet darum, erst die Planungen der verschiedenen Routen vorgestellt zu bekommen. Danach könne eine Vorlage beschlossen werden. Hier sei die Reihenfolge anders gewählt.

Herr Bader erklärt, dass die Vorlage eine „Machbarkeitsstudie“ sei. Erst müsse grundsätzlich die Planungsprämisse festgelegt und durch die Politik beauftragt werden, dann erfolge die Detailplanung.

Herr Bezirksbürgermeister Grün bedankt sich für den Besuch von Herrn Bader.

1. Lesung -

Zu Punkt 11

Umsetzung Mobilitätsstrategie 2030, hier: Bildungscampus Seidensticker und Umsetzung 5. Kanton

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8488/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün begrüßt Herrn Bader vom Amt für Verkehr.

Herr Kuhlmann (CDU) erklärt, dass die neue Bildungseinrichtung zwar nicht im Stadtbezirk Schildesche liegt, dass aber doch Schülerinnen- und Schülerströme aus Schildesche zu erwarten seien. Hier sei vor allem die Jöllheide mit der engen Bahnunterführung ein Engpass. Herr Kuhlmann

regt an, das Gespräch mit der DB zu suchen, ob hier eine bauliche Veränderung möglich sei. Herr Bader erklärt dazu, dass diese Anfrage bereits bei der DB erfolgt sei und negativ beantwortet wurde.

Weiter erklärt Herr Bader, dass unter dem Aspekt der Schulwegsicherheit sichere Wege entlang der Schillerstraße und der Jöllheide geplant werden.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche empfiehlt, der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

- 1) Das Gesamtprojekt zur verkehrlichen Erschließung des Bildungscampus Seidensticker und zur Umsetzung des Verkehrskonzeptes 5. Kanton wird in insgesamt sechs Teilprojekte aufgeteilt.
- 2) Zu jedem Teilprojekt ist in Abstimmung mit dem Presseamt und dem Team für Dialog und Beteiligung neben bewährten Kommunikationsmaßnahmen eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorzubereiten und durchzuführen. Die voraussichtlichen Kosten hierfür sind vorab jeweils den zu beteiligenden politischen Gremien vorzulegen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12

Umsetzung Mobilitätsstrategie hier: Erstellung einer Machbarkeitsstudie für Stadtbahnverlängerungen Bielefelder Norden

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8765/2020-2025

Herr Weber (CDU) merkt an, dass das Thema „Verlängerung der Stadtbahnlinie Richtung Jöllenbeck“ in den vergangenen Jahren bereits mehrfach auf der Tagesordnung stand. Er regt an, die Ergebnisse dieser erstellten Untersuchungen einzubeziehen und auszuwerten, bevor weitere finanzielle Mittel für eine Machbarkeitsuntersuchung ausgegeben werden.

Herr Kuhlmann (CDU) ergänzt, dass bei diesen Untersuchungen u.a. festgestellt worden sei, dass auf der Strecke große Flächen mit geringer Bevölkerung existieren. Diese Abschnitte seien folglich nicht wirtschaftlich. Hier seien grundlegende Entscheidungen fällig.

Zur vorliegenden Vorlage stellt er die Frage, wie der Umstieg auf den Schienenpersonennahverkehr gedacht sei (s. Seite 2, 5. Absatz „Hierbei erscheint es sinnvoll, die Linie als Tangentiallinie in Richtung Schildesche (Viadukt) zu verlängern, um den Umstieg auf den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zu ermöglichen“.

Herr Bezirksbürgermeister Grün bittet die Verwaltung, die Ergebnisse der

bereits erfolgten Untersuchungen (s. Beitrag von Herrn Weber) vorzulegen, bevor über diese Vorlage abgestimmt wird und schlägt die 1. Lesung vor.

Die Mitglieder stimmen diesem Vorschlag einstimmig zu.

1. Lesung -

Zu Punkt 13

Mobilitätsstrategie 2030; **hier: Konzeptionierung und Dimensionierung von Park+Ride-Anlagen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8845/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün begrüßt Herrn Bader vom Amt für Verkehr.

Herr Benesch (SPD) befürwortet an der Vorlage, dass der steigende Bedarf an P+R-Plätzen berücksichtigt und der Ausbau entsprechend geplant wird.

Herr Kuhlmann (CDU) merkt an, dass für Schildesche-Ortskern kein Ersatz für den durch den Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule wegfallenden P+R-Parkplatz vorgesehen sei, ebenso wenig für die Endhaltestelle der Straßenbahn Babenhausen-Süd. Herr Spalek (FDP) schließt sich dieser Kritik an.

Herr Bader erklärt dazu, dass es in beiden Bereichen eine Herausforderung sei, entsprechende Plätze anzubieten, da unmittelbar keine städtischen Grundstücke zur Verfügung stünden. Die Verwaltung prüfe aber Optionen, hier stehe man erst am Anfang.

Geplant sei im nächsten Schritt ein Ausbau von P+R-Plätzen in den weiter am Stadtrand liegenden Stadtteilen, wie z.B. Jöllenberg. Dadurch solle den Menschen aus diesen Wohnbereichen sowie weiter nördlich aus Spenge und Enger ein attraktives P+R-Angebot gemacht werden, um Anreize für einen Umstieg in den ÖPNV zu schaffen. Dazu werde im Rahmen des nun zu erarbeitenden Umsetzungsprogramms auch ein Buskonzept für den P+R-Standort Jöllenberg ausgearbeitet, um eine möglichst attraktive und durchgehende Busverbindung in die Innenstadt zu schaffen, mit einer Zustiegsmöglichkeit in Schildesche.

Frau Wegner (B 90/Die Grünen) begrüßt die Idee, in Jöllenberg, Brake und an der Universität P+R-Plätze auszubauen. Damit werden viele Menschen abgefangen, die dann keinen Platz mehr in Schildesche oder Babenhausen benötigen.

Herr Hawerkamp (Die Linke) befürwortet die Idee, Parkflächen in der Höhe aufzustocken, um weitere Versiegelungen zu vermeiden. Seine Frage, ob

das Parken auf P+R-Flächen kostenfrei bleibt, beantwortet Herr Bader direkt. Bis auf weiteres sei das Parken kostenfrei. Das Parken am Stadtrand müsse gegenüber dem Parken in der Innenstadt attraktiver sein.

Herr Kuhlmann (CDU) bekräftigt, dass es weiter ein Angebot in Schildesche und Babenhausen geben müsse. Dazu müsse auch an das Anmieten oder Pachten von Flächen nachgedacht werden. Er begrüßt die Aussage von Herrn Bader, dass auch kreative Ideen bedacht werden.

Herr Bezirksbürgermeister Grün lässt über die Vorlage abstimmen. Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche empfiehlt, der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

- 1) Der weitere Ausbau von Park+Ride-Anlagen in Bielefeld erfolgt gemäß dem vorgelegten Park+Ride-Gesamtkonzept.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, für die fünf im Detail betrachteten Park+Ride-Standorte ein Umsetzungsprogramm zu erarbeiten (inkl. geeigneter Erschließungs-, Verkehrs-, Bus-, Betreiber- und Finanzierungskonzepte) und den politischen Gremien sodann zum Beschluss vorzulegen.
- 3) Der Aus- und Neubau von Park+Ride-Standorten im Kontext von Stadtbahnverlängerungen erfolgen im Rahmen der Stadtbahnausbauprojekte.
- 4) Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, in die Abstimmung mit den Kommunen der Regiopolregion einzutreten, um den regionalen Ausbau von Park+Ride-Anlagen weiterzuentwickeln.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 14

Betriebsfortsetzung der Schnellbuslinie S15 (Bielefeld – Enger – Spenge)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8841/2020-2025

Herr Dr. Hawerkamp (Die Linke) bittet darum, in den Beschlussvorschlag unter Punkt 2 aufzunehmen: ...sowie einer Erweiterung der Schnellbusverbindung an Sonntage und Feiertagen zwischen den Monaten April bis Oktober zu veranlassen“.

Die Mitglieder schließen sich diesem Wunsch an.

Die Bezirksvertretung Schildesche nimmt Kenntnis, der Stadtentwicklungsausschuss sowie der Finanz- und Personalausschuss empfehlen und der Rat beschließt folgende Betriebsfortsetzung:

1. Es wird ein Förderantrag für die Weiterführung des Schnellbusses S15 beim Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) über einen Förderzeitraum von drei Jahren (01.01.2025-31.12.2027) für die Stadt Bielefeld gestellt.
2. Die Aufgabenträgerin Stadt Bielefeld wird beauftragt, vorbehaltlich einer Förderzusage zusammen mit der Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft (mhv) als Aufgabenträgerin für den Kreis Herford die Betriebsfortsetzung der Schnellbusverbindung S15 zwischen Bielefeld, Enger und Spenge ab dem 01.01.2025 mit der bereits bestehenden Linienführung und Haltestellenkapazität sowie einer Erweiterung der Schnellbusverbindung an Sonntagen *und Feiertagen* zwischen den Monaten April bis Oktober zu veranlassen.

Die BV nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 14.1 Betriebsfortsetzung der Schnellbuslinie S15 (Bielefeld – Enger – Spenge)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8841/2020-2025/1

Unveränderter Beschlussvorschlag:

Die Bezirksvertretungen Mitte, Schildesche und Heepen nehmen Kenntnis, der Stadtentwicklungsausschuss sowie der Finanz- und Personalausschuss empfehlen und der Rat beschließt folgende Betriebsfortsetzung:

3. Es wird ein Förderantrag für die Weiterführung des Schnellbusses S15 beim Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) über einen Förderzeitraum von drei Jahren (01.01.2025-31.12.2027) für die Stadt Bielefeld gestellt.
4. Die Aufgabenträgerin Stadt Bielefeld wird beauftragt, vorbehaltlich einer Förderzusage zusammen mit der Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft (mhv) als Aufgabenträgerin für den Kreis Herford die Betriebsfortsetzung der Schnellbusverbindung S15 zwischen Bielefeld, Enger und Spenge ab dem 01.01.2025 mit der bereits bestehenden Linienführung und Haltestellenkapazität sowie einer Erweiterung der Schnellbusverbindung an Sonntagen zwischen den Monaten April bis Oktober zu veranlassen.

Die BV nimmt Kenntnis

Zu Punkt 15 **Neue Stellplatzsatzung für die Stadt Bielefeld;
Aufteilung des Stadtgebiets in Zonen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8931/2020-2025

1. Lesung -

Zu Punkt 16 **Konsolidierungsmaßnahmen - Umsetzung Nahverkehrsplan:
Umsetzungspriorität 1, Maßnahmenpaket Bündel 2**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8950/2020-2025

Herr Adolph (Die Linke) bittet um Aufnahme folgender Aussage ins Protokoll:

In der Vorlage ist die Umsetzung des Nahverkehrsplans beschlossen worden. Seiner Ansicht nach wäre die Optimierung des Frühverkehrsnetzes sinnvoller gewesen.

Die Bezirksvertretung Schildesche nimmt Kenntnis, der Stadtentwicklungsausschuss sowie der Finanz- und Personalausschuss empfehlen und der Rat beschließt

- 1) die in Ds.-Nr. 6515/2020-2025/1 bzw. 7160/2020-2025 bewilligten Finanzmittel nur für die Maßnahme a1 (Taktverdichtung Jöllenbeck) und nicht für die in Ds.-Nr. 8080/2020-2025 vorgestellten Maßnahmen des sog. Frühverkehrsnetz zu verwenden.
- 2) die nachfolgenden Nahverkehrsplan-Maßnahmen aus dem NVP mit der Umsetzungspriorität 1 umzusetzen:
 - B6a Linienkonzept Brake
 - B82 Sennestadt
 - B51b Taktverdichtung Schildesche

Die BV nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 17 **10 + 1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors, Ausbaustufe B**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9001/2020-2025

Die BV nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 18 Vergabe von Sondermitteln der Bezirksvertretung Schildesche im Haushaltsjahr 2024

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Antragsteller	Zuschussobjekt	Summe
Werbegemeinschaft In-Schildesche	Sonderzuwendung für den Stiftsmarkt Schildesche	1.000,00 €

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 19 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 19.1 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Situation der Bürgerberatung Schildesche evaluieren (Anfrage 8951/2020-2025 der Fraktion Die Linke vom 24.10.2024)

Die Anfrage der Fraktion Die Linke wurde bereits in der Sitzung am 31.10.2024 beantwortet. Nach Rückfragen antwortet das Bürgeramt hier ergänzend. Der Antworttext ist im Informationssystem eingestellt.

Zu Punkt 19.2 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Zusätzliche verkehrliche Maßnahmen im Bereich der Stiftsschule (gem. Antrag 8168/2020-2025 der Fraktionen B 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 3.6.2024)

Es handelt sich um einen Prüfauftrag, ob es geeignete Maßnahmen gibt, das Halten während der Bring- und Abholzeiten der Kita- und Schulkinder der Stifts-Kita und Stiftsschule auf den Gehwegen zu unterbinden.

Der vollständige Antragstext und die Antwort des Amts für Verkehr ist im Informationssystem einsehbar.

